

**Martin Kayenburg**

**Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages**



Schleswig-Holsteinischer Landtag • Postfach 7121 • 24171 Kiel

An den  
Vorsitzenden des  
Innen- und Rechtsausschusses  
Herrn Werner Kalinka, MdL  
im Hause

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**   
**Umdruck 16/2710**

Kiel, 20. Dezember 2007

Sehr geehrter Herr Kalinka,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 21. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 18. November 2007 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen



# Beschlüsse

der 21. Veranstaltung  
„Jugend im Landtag“

vom 16. bis 18. November 2007

# Beschlüsse

## „Jugend im Landtag“ 2007

### Arbeitskreis 1 „Bildung/Schule“

#### 1. Standards für die Ausstattung der Schulen

Die Landesregierung wird aufgefordert, verbindliche Standards für die Ausstattung der Schulen und die Bereitstellung von Lernmitteln, Lehr- und Unterrichtsmaterial festzulegen.

#### 2. Umgang mit den Medien

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Unterrichtskonzept zu erarbeiten, das Schülern bereits von der 5. Klasse an einen weitreichenden und bewussten Umgang mit Medien lehrt. Hierzu sind auch Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.

#### 3. Standards in der Bildungspolitik

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der Kultusministerkonferenz (KMK) dafür einzusetzen, dass die angefangenen Bemühungen um einheitliche Standards in der Bildungspolitik weitergehen sollen. Das Bildungsgefälle in der Bundesrepublik soll ausgeglichen werden. Dies soll auf Bundesebene passieren, so dass einzelne Länder diese Regelung nicht umgehen können.

#### 4. Kommunale Beteiligungsmöglichkeiten

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass im Gemeinschaftskunde- bzw. WiPo-Unterricht über die kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten gemäß Paragraf 47f der Gemeinde-Ordnung *Schleswig-Holstein informiert wird.*

#### 5. Fahrtkostenregelung mit den Kommunen

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Fahrtkostenregelung mit den Kommunen dahin gehend zu ändern, dass die Fahrtkosten ab 2 km für Grundschüler und ab 4 km für Schüler von der 5. bis zur 13. Klasse übernommen werden.

#### 6. Gelder für Projekte

Die Landesregierung wird aufgefordert, mehr Gelder für Projekte von öffentlichen Einrichtungen und Schulen in Kooperation mit Schulen Schleswig-Holsteins zur Verfügung zu stellen.

#### 7. Profiloberstufe

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Einführung der Profiloberstufe zurückzuziehen.

#### 8. Schülerzahlen pro Lehrkraft

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Schülerzahl in den Klassen bzw. pro Lehrkraft auf höchstens 25, in der Oberstufe auf höchstens 20 zu beschränken.

#### 9. 6-jährige Grundschule

Die Landesregierung wird aufgefordert, die 6-jährige Grundschule einzuführen.

## **Arbeitskreis 2 „Soziales/Gesellschaft/Hochschule“**

### **10. Anrechnung der (Halb)waisenrente**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die (Halb)waisenrente nicht länger auf das Kindergeld angerechnet wird.

### **11. Besuch eines Kindergartens**

Die Landesregierung wird aufgefordert, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend zu machen. Dieses soll kostenlos sein und den Schwerpunkt auf Bildung (spielerisches Lernen) legen.

### **12. Studiengebühren bundesweit**

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine entsprechende Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass Studiengebühren bundeseinheitlich ausgeschlossen werden.

### **13. Studiengebühren in Schleswig-Holstein**

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Schleswig-Holstein weiterhin keine Studiengebühren einzuführen.

### **14. Personalsituation an Schulen**

Die Landesregierung wird aufgefordert, an Schulen zusätzliches Personal wie Sozialpädagogen einzustellen, um Konflikten in Klassen entgegenzuwirken und die individuelle Förderung jedes einzelnen zu gewährleisten.

### **15. aktuelles FSJ/FÖJ- Gesetz**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Beibehaltung des aktuellen FSJ/FÖJ- Gesetzes einzusetzen.

### **16. Vergütung für TeilnehmerInnen des FÖJ**

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Höhe der Vergütung für TeilnehmerInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres auf den Stand des Jahrgangs 06/07 zurückzusetzen.

## **Arbeitskreis 3 „Inneres/Recht“**

### **17. finanzielle Förderung für gemeinnützige Vereine**

Die Landesregierung wird aufgefordert eine projektbezogene finanzielle Förderung für gemeinnützige Vereine, insbesondere die Jugendabteilungen der Vereine anzubieten. Schwerpunkte sollen sein:

- verbesserte Integration von Migranten
- Chancengleichheit der Bevölkerungsschichten
- alternative Bildungsangebote für Jugendliche
- Förderung von körperlich und geistig Behinderten

### **18. Wahlrecht auf kommunaler Ebene**

Die Landesregierung wird aufgefordert, das passive Wahlrecht in Schleswig-Holstein, auf kommunaler Ebene, schon mit 16 Jahren einzuführen.

### **19. Richtlinien für den Einkauf von Produkten**

Die Landesregierung und -verwaltung werden aufgefordert, beim Einkauf von Produkten, Rohstoffen und Dienstleistungen jeglicher Art darauf zu achten, dass, falls es nicht mit einem unverhältnismäßig höherem finanziellen oder organisatorischen Aufwand verbunden ist, immer die umweltfreundlichste Variante gewählt wird und in jedem Fall die Menschenrechte bei der Produktion eingehalten sowie keine Menschen ausgebeutet werden. Dies soll für sämtliche vom Land getätigten Einkäufe gelten. Die Landesregierung möge sich zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Vorgaben auch für den Bund gelten.

#### **20. Vorratsdatenspeicherung**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegen die von CDU/CSU und SPD ab 2008 geplante Vorratsdatenspeicherung und das Verbot von Anonymisierungsdiensten auszusprechen.

#### **21. „Schockfotos“ auf Zigarettenpackungen**

Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, dass Zigarettenpackungen mit sogenannten „Schockfotos“ ausgestattet werden.

### **Arbeitskreis 4 „Wirtschaft/Verkehr/Umwelt“**

#### **22. Privatisierung der Deutschen Bahn AG**

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG sowie gegen den Verkauf des Streckennetzes zu stimmen.

#### **23. Lichtpflicht im Straßenverkehr**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine bundesweite Lichtpflicht im Straßenverkehr einzusetzen.

#### **24. Abhängigkeit von Energielieferanten**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich verstärkt nach Möglichkeiten umzusehen, eine Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten zu verhindern.

#### **25. Privatisierung von Stadtwerken**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegen die vollständige Privatisierung von Stadtwerken auszusprechen. Hierbei darf der private Anteil den staatlichen nicht überschreiten.

#### **26. Verkehrssteuerung**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative für einen Ausbau von elektronischen Systemen zur aufkommensabhängigen Verkehrssteuerung und Temporegulierung einzusetzen.

#### **27. Vignettenpflicht**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine allgemeine Vignettenpflicht auf deutschen Autobahnen einzusetzen, zugunsten einer Verminderung der Kfz-Steuer.